

Stadtrat 5401 Baden

Frau

5400 Baden

**Stadtrat**

Rathausgasse 1  
5401 Baden

Telefon +41 56 200 82 00  
Telefax +41 56 200 83 15  
stadtrat@baden.ch  
www.baden.ch

Baden, 15. September 2020

### Ihre dringliche Anfrage: Solidarität der Städte in Zeiten der Krise

Sehr geehrte Frau Marques

Besten Dank für Ihre Anfrage, die am 27. August 2020 bei uns eingegangen ist, sowie auch für Ihr Verständnis für die Verzögerung in der Beantwortung aufgrund von Ferienabwesenheiten.

Die Stadt Baden ist Mitglied der Städteinitiative Sozialpolitik und engagiert und vernetzt sich in dieser Sektion des Schweizerischen Städteverbands stark. Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich für eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein, fordert besser aufeinander abgestimmte Integrationsprozesse sowie eine adäquate Finanzierung der Integrationsmassnahmen bei anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen. Die Städte erbringen grosse Integrationsleistungen, denn in den urbanen Zentren leben zumeist auch überdurchschnittlich viele anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Integration ist daher einer der strategischen Schwerpunkte der Städteinitiative Sozialpolitik und der Stadt Baden, die sich am entsprechenden Strategiepapier der Städteinitiative ausrichtet.

Baden hat sich in den letzten Jahren mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und verschiedenen konkreten Projekten für die Integration der hier lebenden Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen eingesetzt. Unterstützt wird und wurde die Verwaltung dabei auch wesentlich von unzähligen Freiwilligen und Organisationen sowie von der Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit Flucht und Asyl, die eng mit der Stadt zusammenarbeitet. Auch aufgrund dieser Engagements ist die Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Austausch mit den dort verantwortlichen Personen durchwegs positiv. Die Stadt Baden wird als Partnerin beim Kanton ernst genommen, und die Anliegen finden Gehör. Die Stadt Baden setzt sich dafür ein, dass diese gute Zusammenarbeit auch in Zukunft gewährleistet ist.

Dieses Engagement, das von der Einzelfallhilfe bis hin zur Strategiearbeit in der Städteinitiative geht, werden die Stadt Baden und die Verantwortlichen auch weiterhin aufrechterhalten. Ziel ist, die Kräfte dort einzusetzen und zu bündeln, wo sie am wirksamsten sind. Einfluss auf die nationale Politik nimmt die Stadt Baden weiterhin gemeinsam mit weiteren sechzig Städten in der Schweiz mit ihrem aktiven Mitwirken bei der Städteinitiative Sozialpolitik.

Auf kommunaler Ebene bestehen im Bereich der Niederlassungserteilung bei Ausländerinnen und Ausländern sowie der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen nur sehr eingeschränkte Entscheidungskompetenzen. Eine illegal eingereiste Person muss mit der Wegweisung rechnen. Wenn etwas an der Anzahl aufgenommener Asylsuchender geändert werden soll, sind Änderungen der gesetzlichen Grundlagen auf Bundes- und Kantonsebene erforderlich.

Wenn der Bund und der Kanton die rechtlichen Voraussetzungen schaffen und direkte Aufnahmen im Sinn einer Härtefallregelung möglich werden, wird der Stadtrat Baden zusätzliche Aufnahmen umgehend prüfen.

Gern beantworten wir Ihre Fragen wie folgt:

*Teilen Sie die Ansicht, dass grundsätzlich ausreichend Strukturen vorhanden wären, um jetzt Asylsuchende in der Schweiz aufzunehmen?*

Gemäss Aufnahmeverfahren findet die Zuteilung vom Bund über die Kantone statt. Der Stadtrat beurteilt die Flüchtlingspolitik des Bundes nicht. Die Aufgaben und Kompetenzen im Aufnahmeprozess sind klar geregelt, und die Gemeinden müssen für die ihnen zugeteilten geflüchteten Menschen eine entsprechende Unterkunft zur Verfügung stellen.

*Haben Sie in Ihrer Stadt bestehende Strukturen oder Gebäude, die für eine zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten genutzt werden könnten?*

Aktuell stehen keine freien stadteigenen Liegenschaften zur Verfügung. Bei einer Erhöhung der Anzahl zugeteilter geflüchteter Menschen oder für eine Aufnahme im Rahmen einer Härtefallregelung müssten Liegenschaften zugemietet werden.

*Sind Sie bereit, nebst den mittels Kontingenten zugewiesenen Menschen zusätzlich Geflüchtete in Ihrer Stadt aufzunehmen (aus Camps der griechischen Inseln, von der Seenotrettung im Mittelmeer oder über das UNHCR Resettlement-Programm)?*

Wenn der Bund und der Kanton die rechtlichen Voraussetzungen schaffen und die Städte die Kompetenz erhalten, im Rahmen einer Härtefallregelung ausserordentlich Flüchtlinge aufzunehmen, ist die Stadt Baden bereit, zusätzliche Aufnahmen zu prüfen.

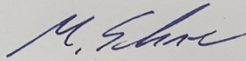
*Werden Sie eine solche Bereitschaft gegenüber Bund und SEM signalisieren und auch öffentlichkeitswirksam kommunizieren?*

Der Stadtrat wird der Städteinitiative Sozialpolitik seine Bereitschaft, eine Aufnahme zu prüfen, signalisieren, damit die Koordination – auch bezüglich Kommunikation – mit weiteren Städten sowie Kanton und Bund gewährleistet werden kann.

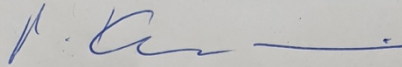
*Welche anderen Bestrebungen unternehmen Sie, damit das Recht auf Asyl auch in Zeiten der Krise gewahrt wird und die humanitäre Tradition der Schweiz fortbesteht?*

Die Stadt Baden erfüllt ihren Teil in der Verbundsaufgabe im Asylbereich wie beschrieben. Der Kontakt zum Städteverband und zur Städteinitiative Sozialpolitik wird weiterhin gepflegt, wodurch sich die Städte am wirkungsvollsten gemeinsam einsetzen können.

Freundliche Grüsse



Markus Schneider  
Stadtmann



Heinz Kubli  
Stadtschreiber

Kopie an:  
Regionaler Sozialdienst Baden